

Mit Anfechtung eines Landesgesetzes beim Verfassungsgerichtshof wollen SP und Grüne „Rechtsklarheit“ – und dass Polizeiaufgaben bei der Polizei bleiben

## Oberösterreich INOFFIZIELL

VON WERNER PÖCHINGER



**B**litzlichter aus zwanzig politischen Jahren“ möchte SP-Klubchef Karl Fraiss am kommenden Dienstag den Medien präsentieren, bevor er mit der Landtagssitzung am Donnerstag als Politiker in Pension geht. Und als allerletztes „Blitzlicht“ soll da offenbar auch noch die Anfechtung des oberösterreichischen „Bettelverbots“ beim Verfassungs-

# Kein „Freibrief“ für die Bettler

gerichtshof mit dabei sein, deren Text – wie von uns schon berichtet – Anfang der Woche fertig sein soll. Bezweckt Fraiss – im „Duetto“ mit dem grünen Klubchef Gottfried Hirz, siehe unsere Karikatur – damit einen Freibrief für die Bettler?

„Nein“, beteuert er: „Wir wollen Regeln gegen aufdringliches und organisiertes Betteln haben! Aber eben kein totales Bettelverbot.“ Doch auf so eines würden die teils unscharfen und teils überschießenden Bestimmungen im von VP und FP

im vergangenen März beschlossenen Gesetz hinauslaufen, fürchtet er: „Wir wollen nichts anderes als Rechtsklarheit.“ Das sieht auch der Grüne Hirz so, der bloß bezweifelt, dass der Anfechtungstext des Linzer Rechtsgelehrten Bruno Binder rechtzeitig zu Fraiss' Pensionierungsfeier fertig wird: „Das Gesetz läuft auf ein totales Bettelverbot hinaus, sogar der Versuch ist schon strafbar.“ Fraiss und Hirz sind sich auch einig, dass „Parkwächter“ und Ordnungsdienste von Gemeinden (wie in Linz) mutmaßliche Bettler nicht festnehmen und ihre „Ich habe Hunger“-Schilder beschlagnahmen dürfen: „Das soll Kompetenz der Polizei bleiben!“, nennen sie eine weitere Stoßrichtung ihrer Anfechtung. Am liebsten wären ihnen überhaupt bundesweit einheitliche Bettelregeln.



Karikatur: Milan A. Ilic